

Suchtkrankheiten kosten die Schweiz Milliarden

In der Schweiz sterben jährlich mehr als 10 000 Menschen aufgrund von Suchtmitteln. Ausserdem entstehen volkswirtschaftliche Kosten von jährlich 7,9 Milliarden Franken, so die Stiftung Sucht Schweiz.

von Bettina Mader-Stadelmann (sda)

Mit Alkohol, Nikotinprodukten sowie Geld- und Glücksspielen macht die Industrie laut der Stiftung Sucht Schweiz milliarden schwere Umsätze. Der Volkswirtschaft entstünden gleichzeitig Kosten in Milliardenhöhe. Die Stiftung bezeichnet dies als inakzeptabel und fordert von der Politik, dass die Gesundheit absolute Priorität haben muss.

Einen grossen Teil des Umsatzes mache die Suchtmittelindustrie auf dem Buckel von Menschen mit problematischem Konsum und ihren Angehörigen, schreibt die Stiftung in ihrem am Dienstag veröffentlichten Bericht «Schweizer Suchtpanorama 2025». Deren Leid sei nicht akzeptabel.

Es sei auch nicht hinnehmbar, dass Gewinne privatisiert und die Schäden auf die Allgemeinheit abgewälzt würden, wird Tania Séverin, Direktorin von Sucht Schweiz, in dem Bericht zitiert. Laut Sucht Schweiz sterben in der Schweiz jährlich mehr als 10 000 Menschen aufgrund von Suchtmitteln. Ausserdem gehen die letzten Schätzungen von volkswirtschaftlichen Kosten für Sucht von jährlich 7,9 Milliarden Franken aus.

Massnahmen sind oft erfolglos

Sucht Schweiz fordert von der Politik, dass die öffentliche Gesundheit oberste Priorität haben müsse, vor der Gewinnmaximierung von einzelnen Industrien. Weil es um ein Milliardengeschäft gehe, bekämpfe die Suchtmittelindustrie politische Massnahmen zur Regulierung und Suchtprävention meist erfolgreich. Diesen Einflussversuchen muss sich die Politik laut den Forderungen der Stiftung entgegenstellen, etwa bei der Umsetzung der Volksinitiative «Kinder ohne Tabak» oder mit einem nationalen Verkaufsverbot für elektronische Einwegzigaretten.

Sucht Schweiz zeigt sich besorgt darüber, dass die Palette der Nikotinprodukte laufend grösser wird und der Nikotinkonsum insbesondere bei den Jugendlichen angestiegen ist. Dies betrifft sowohl herkömmliche Zigaretten als auch E-Zigaretten, Tabakerhitzer oder Snus-Produkte.

An einem Scheideweg befindet sich die Schweiz laut der Stiftung bei der Diskussion um die Cannabis-Legalisierung. Diese weltweit einzigartige Ausgangslage könnte im eidgenössischen Parlament zur Verabschiedung eines



Beim Glücksspiel verprasst: 2022 verloren Spielende laut der Stiftung Sucht Schweiz über zwei Milliarden Franken. Symbolbild Keystone

Regulierungsmodells führen, in dem der Gesundheitsschutz Priorität habe.

Sollte die im Parlament erarbeitete Vorlage jedoch abgelehnt werden, würde wohl erneut eine Legalisierungsinitiative lanciert, die dem Jugend- und Gesundheitsschutz weniger Gewicht geben würde, warnt Sucht Schweiz. Laut einer Befragung aus dem Jahr 2022 ist der Cannabiskon-

Die Stiftung Sucht Schweiz sieht in der vom Parlament ausgearbeiteten Vorlage zur Cannabis-Legalisierung eine Chance.

sum in der Schweiz stabil. So haben vier Prozent der 15- bis 64-Jährigen in der Schweiz im Monat vor der Befragung gekifft. Kokain ist gemäss der Schweizerischen Gesundheitsbefragung aus dem Jahr 2022 die am zweitmeisten konsumierte illegale Substanz in der Schweiz. Rund ein Prozent der 15- bis 64-Jährigen gab an, in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung Kokain konsumiert zu haben.

Bei den anderen illegalen Drogen ist das Bild laut dem jüngsten Suchtpanorama recht unklar. Während sich bei Heroin ein stabiler bis leicht rückläufiger Konsum feststellen lässt, liegen bei anderen Substanzen wie Ecstasy oder Meth-Amphetamin kaum Daten vor, die eine klare Lageeinschätzung ermöglichen, schreibt Sucht Schweiz.

Rauschtrinken bleibt ein Problem Alkohol ist in der Schweiz gesundheitspolitisch und volkswirtschaftlich weiterhin eines der grössten Probleme.

Die Gesellschaft muss gemäss der Stiftung jedes Jahr Kosten in der Höhe von 2,8 Milliarden Franken als Folge des Alkoholkonsums tragen.

Der tägliche Alkoholkonsum geht zwar zurück, das Rauschtrinken bleibt aber auf zu hohem Niveau, wie Sucht Schweiz weiter schreibt. Zwölf Prozent der Bevölkerung über 15 Jahre würden die Hälfte des gesamten Alkohols trinken. Drei Männer und eine Frau würden in der Schweiz jeden Tag an den Folgen von Alkoholkonsum sterben. Bei rund der Hälfte aller untersuchten Gewaltdelikte im öffentlichen Raum sei zudem Alkohol im Spiel.

Auch Glücks- und Geldspiele sind Teil der Suchtproblematik. 4,3 Prozent der Bevölkerung hätten 2022 eine problematische Nutzung von Glücks- und Geldspielen aufgewiesen. Die Geldverluste der Spielenden hätten auf über zwei Milliarden Franken zugenommen. Spielschulden würden die betroffenen Haushalte belasten.

Streit um Ausbau grüner Energie

Das Parlament ist sich zwar einig, dass die Bewilligungsverfahren für den Bau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie zügiger vorantgetrieben sollen. Wie dies geschehen soll, ist jedoch weiterhin ungeklärt. Zwar haben sich National- und Ständerat in wichtigen Punkten gefunden. So soll das Verbandsbeschwerderecht gegen solche Projekte eingeschränkt werden. Und auch dem Bau von Energieanlagen zum Opfer fallende Schutzgebiete sollen nicht mehr zwingend ersetzt werden müssen. Der Nationalrat schlägt stattdessen eine Ersatzabgabe vor. Ob die Vorlage am Ende mehrheitsfähig sein wird, ist sehr fraglich. Die SVP bezeichnet die Energiewende generell als gescheitert. Für die links-grüne Seite sind «rote Linien» überschritten. (sda)

Systemwechsel bei Besteuerung?

Der Ständerat ist am Dienstag mit knappem Mehr (23:22 Stimmen) auf die Vorlage zur Individualbesteuerung eingetreten, hat aber aus Zeitmangel noch nicht abschliessend über den fundamentalen Systemwechsel entschieden. Für die Einführung der individuellen und vom Zivilstand unabhängigen Besteuerung stimmten Vertreterinnen und Vertreter von FDP, SP, Grünen und GLP, dagegen die Mitglieder von Mitte und SVP. Der Nationalrat hatte der Vorlage letzten September als Erstrat zugestimmt. Das Gesetz über die Individualbesteuerung soll ein indirekter Gegenvorschlag zur Steuergerechtigkeits-Initiative der FDP Frauen sein. Der Bundesrat schätzt, dass mit der individuellen Besteuerung Bund und Kantone jährlich rund 870 Millionen Franken weniger aus der Bundessteuer erhalten. Die Debatte im Ständerat geht voraussichtlich nächsten Montag weiter. (sda)

Lindt-Schoggi wird teurer

Der Schokoladen-Hersteller Lindt & Sprüngli hat im letzten Jahr so profitabel wie noch nie gearbeitet. Wegen höherer Rohstoffpreise wird Schokolade für die Konsumenten auch 2025 teurer, und zwar im zweistelligen Prozentbereich, wie Lindt-Chef Adalbert Lechner am Dienstag ankündigte. Dass man damit viele Kunden vergrämt, glauben die Lindt-Verantwortlichen nicht. Der Betriebsgewinn stieg derweil um 8,7 Prozent auf 884,2 Millionen Franken, die entsprechende Marge um 0,6 Prozentpunkte auf rekordhohe 16,2 Prozent. Unter dem Strich blieb ein Reingewinn von 672,3 Millionen Franken. (sda)

Abfuhr für Therapienetzwerke

Trotz eines vom Bund als millionenschwer ausgewiesenen Sparpotenzials werden keine koordinierten Gesundheitsnetzwerke eingeführt.

von Sebastian Gänger (sda)

Netzwerke zur Koordination von Therapien dürfen Leistungen auch künftig nicht selber abrechnen. Bei der Beratung des zweiten Pakets zur Kosten senkung im Gesundheitswesen hat sich der Nationalrat durchgesetzt. Der Ständerat ist am Dienstag auf die Linie der grossen Kammer eingeschwenkt und hat auf die Schaffung eines neuen Leistungsträgers verzichtet. Die kleine Kammer fällt ihre Entscheidung am Dienstag ohne Gegenantrag. Wegen Differenzen in anderen

Punkten geht das Geschäft zurück an den Nationalrat.

Der Bund sah in der Einführung derartiger Netzwerke ein Sparpotenzial von rund 250 Millionen Franken pro Jahr. Bereits vor der Debatte im Ständerat hatte sich allerdings der Nationalrat zweimal gegen das Modell ausgesprochen. «Dass die Netzwerke eine gute Sache sind, ist unbestritten», sagte Kommissionssprecher Erich Ettlin (Mitte, Obwalden). Sinnvoll sei es etwa, wenn es im Falle chronisch kranker Menschen einen einzigen Ansprechpartner gebe, der alle Massnahmen koordinie-

ren könne. Das Nein im Nationalrat sei jedoch überaus deutlich ausgefallen, so Ettlin. Die Kommission wolle das Projekt deshalb in einem anderen Rahmen weiterverfolgen. Auch Gesundheitsministerin Elisabeth Baume-Schneider verzichtete auf einen Gegenantrag. Sie äusserte allerdings ihr Bedauern über das Nein zu den Netzwerken.

Insgesamt bestanden vor der Debatte noch neun Differenzen. Unter anderem ging es dabei um die genaue Ausgestaltung der Überprüfung der Wirksamkeit von Medikamenten und Einzelheiten dazu, wie schnell Medikamente

nach der Zulassung vergütet werden müssen. In mehreren Punkten räumte der Ständerat Differenzen aus oder sprach sich für Kompromissvorschläge seiner vorberatenden Kommission aus.

Einigung bei Mengenrabatten

Unter anderem schloss sich der Ständerat in der Frage von Mengenrabatten für Arzneimittel mit grossem Marktvolumen dem Nationalrat an. Dies, obwohl in der Debatte Befürchtungen laut wurden, der Forschungsplatz Schweiz und die Versorgung von Patienten könnten leiden.

Bereits in den vorangegangenen Beratungen hatten die Räte beschlossen, dass Versicherer künftig Rechnungsdaten sollen nutzen können, um Kundinnen und Kunden über günstigere Behandlungsmöglichkeiten zu informieren. Der Nationalrat möchte noch weiter gehen und die Nutzung von Rechnungsdaten auch zum Zweck der Information von Leistungserbringern zulassen. Dem Ständerat ging dies zu weit. Er fürchtete Mehraufwand für Ärztinnen und Ärzte und hatte Bedenken wegen des Datenschutzes. Nun ist wieder die grosse Kammer am Zug.